

Bernhard Falk (1867–1944) – Liberaler, Jude und deutscher Patriot

Als langjähriger Fraktionsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei bzw. der Deutschen Staatspartei im Preußischen Landtag hatte Bernhard Falk nicht unwesentlichen Anteil an der Gestaltung der Politik im größten deutschen Land. Auch spielte er in der Kölner Politik und in der Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923 eine zentrale Rolle. Das Interesse an der Person Bernhard Falk resultiert allerdings nicht nur aus der herausgehobenen politischen Position des Liberalen, sondern auch aus seiner Stellung als jüdischer Deutscher, der 1939 in die Emigration gezwungen wurde. Anhand seines Lebensweges kann exemplarisch die Geschichte akkultrierter Juden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik sowie das facettenreiche Verhältnis der deutschen Juden zum politischen Liberalismus nachgezeichnet und konkretisiert werden. Falks 1936 verfassten Lebenserinnerungen, die dieses Jahr von der Parlamentarismuskommission (KGParl) herausgegeben werden,¹ stellen mithin eine höchst interessante Quelle für die Geschichte des deutschen und preußischen Liberalismus dar. Beispielhaft vermögen sie die Handlungszwänge und -spielräume einer Partei zu erhellen, deren Niedergang die schleichende Erosion der parlamentarischen Grundlagen des Weimarer Staates wie in einem Brennspiegel erkennen lässt.

Bernhard Falk wurde am 26. März 1867 als Sohn jüdischer Eltern im rheinischen Bergheim/Erft nahe Köln geboren, wo sich seine Vorfahren im 18. Jahrhundert niedergelassen hatten. Bernhards Vater Salomon, im Nachbarort Oberaussem geboren, gehörte als Metzger zu den wohlhabenden jüdischen Familien in Bergheim. Die gehobene soziale Stellung, das Ansehen und der Respekt, der ihm zuteil wurde, kamen darin zum Ausdruck, dass er, wie bereits sein Vater Samuel Falk, mit kurzen Unterbrechungen von 1857 bis 1870 der jüdischen Gemeinde Bergheims vorstand.²

Zu den prägenden Momenten seiner Kindheit und Jugend zählte Bernhard Falk die tiefe Religiosität seiner Eltern. Sein Elternhaus sei ein „streng

1 Bernhard Falk (1867-1944). *Erinnerungen eines liberalen Politikers*. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalman, Düsseldorf 2012.

2 Vgl. Heinz Gerd Friedt/Norbert Esser: *Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bergheim 1239-1945*, Bergheim 1983, S. 13–59, 244.

religiöses jüdisches Haus“³ gewesen, seine Mutter eine „wirkliche fromme Frau“,⁴ die von ihrem Sohn die gleiche tiefe Religiosität erwartete, die für sie nach Erziehung und Werdegang Selbstverständlichkeit und Bedürfnis war. Der im Zuge der allgemeinen Säkularisierung einhergehende Bedeutungsverlust der Religion führte allerdings auch im Hause Falk zu „ernsten Auseinandersetzungen mit erregten Gefühlsausbrüchen“,⁵ da die Einhaltung der jüdischen Feiertage oder der mosaischen Speisegesetze für Bernhard nicht mehr jenen unverwechselbaren Stellenwert besaßen wie für seine Eltern.

Ein wichtiges identitätsstiftendes Moment der Erziehung und Sozialisation Bernhards, auch dies kennzeichnend für die Assimilation der Juden, stellte die in seinem Elternhaus gepflegte Vaterlandsliebe dar. Für das Selbstverständnis der sich verbürgerlichenden Juden gewann die nationale und patriotische Gesinnung im Laufe des 19. Jahrhunderts eine immer größere Bedeutung. Seine Eltern seien, so meinte Bernhard Falk, „bewußt deutsche Patrioten“⁶ gewesen. Zu den Bezugs- und Orientierungspunkten seiner Jugend gehörte schließlich auch die liberale Orientierung seiner Eltern, die für das jüdische Bürgertum im Kaiserreich insgesamt charakteristisch und kennzeichnend war.

In Köln besuchte Bernhard das katholische Gymnasium an der Apostelkirche, auf dem ihm das klassische Bildungsgut der Antike vermittelt wurde. Angenehm berührt war er von der an der katholischen Anstalt herrschenden „echte[n] und ernste[n] Toleranz gegenüber Andersgläubigen“.⁷ Dem Abitur folgte 1885 ein dreijähriges Jurastudium an der Bonner Universität, das er kurzzeitig für seinen Militärdienst unterbrechen musste. 1888 bestand er sein Referendarexamen in Köln und trat anschließend sein Referendariat an. Da er die Große Staatsprüfung 1893 nicht mit Prädikat bestand, blieb ihm eine Laufbahn im Staatsdienst verschlossen, so dass er sich als Anwalt niederließ, zuerst vier Jahre lang am Landgericht in Elberfeld, später am Oberlandesgericht in Köln. Angesichts der für Juden geltenden Zugangsbeschränkungen zur höheren Verwaltung im Reich und in Preußen wäre ihm eine Karriere im Staatsdienst ohnedies nicht vergönnt gewesen.⁸ Dass Bernhard seine Große Staatsprüfung in den Sand setzte, mochte daran gelegen haben, dass er sich im April 1893 mit der 21-jährigen Else Wahl verlobte und andere, schönere

3 Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 202.

4 Ebd., S. 201.

5 Ebd., S. 202.

6 Ebd., S. 202.

7 Ebd., S. 203.

8 Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 401 f.; Barbara Streng: *Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918. Der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation*, München u.a. 1996, S. 151–342, hier S. 250.

Dinge als Paragraphen im Kopf hatte. Die Heirat fand ein Jahr nach der Verlobung am 3. April 1894 in Bergheim statt.⁹

Die Jungliberale Bewegung

Bereits in Elberfeld wurde Bernhard Falk Mitglied der Nationalliberalen Partei und trat damit in die Fußstapfen seines Vaters. „Mich begeisterte zunächst die große Vergangenheit der Partei, ihre bedeutsame Mitarbeit an der Einigung Deutschlands und der Reichsgründung, ihre unbedingte Treue zu Bismarck und seinem Werk. In ihr vereinigten sich die kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte, die die Zukunft Deutschlands zu verbürgen schienen.“ Ihr Programm sei „freiheitlich und fortschrittlich“ gewesen, das Recht des Einzelnen habe man zwar betont, es gleichzeitig aber „der Notwendigkeit der Allgemeinheit, den Bedürfnissen des Staates und den Aufgaben der Nation“ untergeordnet. Anstoß nahm er allerdings an der Dominanz der Großindustrie in der Partei, die zu einer betont antisozialistischen und antigewerkschaftlichen Haltung geführt und sozialpolitische sowie sozialreformerische Überlegungen ausgeschlossen habe. Aber auch die „unzulängliche Ablehnung des Antisemitismus“ oder das „verschämte[] Werben um antisemitische Stimmen“ bereitete Falk Bauchschmerzen.¹⁰

Die Hoffnung auf eine Erneuerung der Partei schien die sich seit der Jahrhundertwende entfaltende jungliberale Bewegung zu bieten. Ansatzpunkt und Movers war die Kritik an der politischen Zusammenarbeit mit den Konservativen, ein dezidiert Antiklerikalismus sowie der Protest gegen das Zurückstellen genuin liberaler Forderungen. In der Welt- und Wehrpolitik traten die Jungliberalen betont national, ja imperialistisch auf, während sie in der inneren Politik, in der Verfassungs- und Wirtschaftspolitik, die liberalen Grundvorstellungen stärker zur Geltung gebracht sehen wollten.¹¹ Mit der Forderung nach Stärkung des liberalen, freiheitlichen Gedankenguts verband sich der Wunsch nach einer Kooperation mit den Linksliberalen in innenpolitischen Fragen. An Brisanz gewann die Bewegung durch ihre sozialpolitischen Anliegen, mit denen sie scharf gegen den großindustriellen Flügel der Partei Position bezog.¹²

9 Meldeformular von Bernhard und Else Falk, o.D., in: Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else Falk.

10 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 209 f.

11 Vgl. auch die Ausführungen Falks zur Kolonialpolitik. Er sei, so Falk, ein „entschiedener Anhänger der Kolonialpolitik“ gewesen. „Der Deutschen Kolonialgesellschaft gehörte ich ununterbrochen seit 1888 an.“ Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 248.

12 Das Programm der Jungliberalen ist abgedruckt in: Felix Salomon: Deutsche Parteiprogramme, 3 Bde., 2. Aufl., Berlin/Leipzig 1931–1932, hier Bd. 2, S. 54 f. Ferner „Unser Programm. Ansprache des Rechtsanwalts Dr. Fischer an die gründende Versammlung des

Die jungliberale Bewegung breitete sich seit 1899 von Köln aus über das ganze Reichsgebiet aus und schloss sich im Oktober 1900 zu einem der Partei angegliederten selbständigen Reichsverband unter Vorsitz des Kölner Rechtsanwalts Hermann Fischer zusammen.¹³ Falk zählte zu den Gründern des Kölner „Vereins der nationalliberalen Jugend“¹⁴ und sollte bald zu dessen Vorsitzenden avancieren. Die Jungliberalen verstanden sich, um das Bonmot des Parteifreundes Falks, Emil Bau, zu zitieren, als „Juckpulver der nationalliberalen Partei“¹⁵ und sahen ihre Aufgabe darin, die Mutter-Partei mit ihren Ideen und Vorstellungen zu erfüllen und sie vorwärts zu treiben.

Die jungliberale Bewegung konnte bereits 1906 auf 64 jungliberale Ortsverbände mit insgesamt über 10.000 Mitgliedern blicken und 1914 wohl etwa 16.000 bis 18.000 Mitglieder organisieren. 1907 stellte die Bewegung in den nationalliberalen Hochburgen, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, der Pfalz, Württemberg und Baden, allein 100 jungliberale Vereine gegenüber 531 allgemeinen Parteivereinen.¹⁶

Wenn die Jungliberalen auch keine eigenen Abgeordneten in den Reichstag oder ins Preußische Abgeordnetenhaus entsenden konnten, so wurden ihre führenden Vertreter, wie Hermann Fischer und Bernhard Falk, früh in den Zentralvorstand der nationalliberalen Partei gewählt, wo sie die jungen reformbereiten Kräfte um den Parteivorsitzenden Ernst Bassermann verstärkten.¹⁷

Zur offenen Konfrontation zwischen der jungliberalen Bewegung und dem konservativen Flügel der Partei kam es auf dem Reichsparteitag in Goslar im Oktober 1906. Die Jungliberalen hatten im Vorfeld die enge Zusammenarbeit ihrer Partei mit Zentrum und Konservativen im Reich und Preußen

Reichsverbandes, Köln, 21. Oktober 1900“, in: Nationalliberale Jugend, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 2 f. Zu den Jungliberalen vgl. auch Paul Zimmermann, Die nationalliberale Jugendbewegung. Ursprung, Wesen und Ziele, Frankfurt a.M. 1905; Paul Harms: Die Nationalliberale Partei. Ein Gedenkblatt zu ihrer geschichtlichen Entwicklung, Berlin 1907, S. 46 f.; Wilhelm Kulemann: Politische Erinnerungen: Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte, Berlin 1911, S. 194–197; Alexander Burger: Geschichte der Parteien des deutschen Reichstags. II. Die nationalliberale Partei, Gautzsch b. Leipzig 1913, S. 14–16. Vgl. auch Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1903, S. 128, zum Delegiertentag der nationalliberalen Jugendvereine in Mannheim vom 31. August 1903.

13 Vgl. „Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend“, in: Nationalliberale Jugend, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9.

14 Der Jungliberale Verein Kölns wurde am 23. Januar 1899 ins Leben gerufen und zählte 1901 bereits 1004 Mitglieder, von denen 291 unter 25 Jahren waren. Vgl. ebd., S. 7.

15 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 212.

16 Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1906, S. 161; Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 97, 100 (zu den Ortsvereinen 1907 und den Mitgliedszahlen 1914).

17 Vgl. Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstands 1912–1917. Bearbeitet von Klaus-Peter Reiß, Düsseldorf 1967, S. 66–80, hier S. 66, 69.

heftig kritisiert. Als Vertreter der Jungliberalen trat Falk vor die Delegierten. Eine politische Partei, so Falk, werde „nur dann auf die Dauer hoffen können, bestimmenden Einfluß auszuüben“, werde „nur dann in der Lage sein, mit den Zielen des Staates zugleich auch ihre ureigensten Ziele zu verfolgen, wenn sie von ihrer Idee auch kein Titelchen aufgibt.“ Deshalb könne er nicht umhin, die Politik der Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses als „nicht glücklich für unsere Partei“ zu bezeichnen.¹⁸

Die Parteiobere empfanden den Auftritt des Neununddreißigjährigen als Zumutung. Umgehend rief ihn der stellvertretende Vorsitzende, Robert Friedberg, in die Schranken und wies den Vorwurf, die Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses würden den Anschluss nach rechts suchen, zurück.¹⁹ Die Jungliberalen, so Friedberg am nächsten Tag, sollten einmal die Vergangenheit ruhen lassen und versuchen, konstruktiv mitzuarbeiten, „damit wir auch in Zukunft eine mächtige und starke Partei in unserem Vaterlande bilden.“²⁰

Mit dem Parteitag in Goslar 1906 hatte sich Falk erstmals vor einer größeren Öffentlichkeit politisch positioniert. Er galt seitdem als Parteilinker, als ein selbstbewusster Jungpolitiker, der ungeachtet seines betont nationalen Standpunkts für einen dezidierten Reformkurs in der Innenpolitik stand. Die sich hieraus ergebenden Berührungspunkte zur Programmatik der Freisinnigen ließen den Wunsch nach einer Einigung der liberalen Parteien erkennen, der bereits in der Forderung nach einem Zusammenwirken der Liberalen bei den nächsten Wahlen seinen Niederschlag fand.

Falks Bemühungen, ein Mandat für den Reichstag zu erhalten, war vor dem Krieg kein Erfolg beschieden.²¹ Dies lag daran, dass die Nationalliberalen in Köln, wo Falk 1907, 1910 und 1912 ins Rennen ging, nichts zu bestellen hatten. Die sechs Kölner Wahlkreise blieben Domänen des Zentrums.²²

In der Kölner Stadtverordnetenversammlung

1908 wurde Falk in die Kölner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Dort schloss er sich der liberalen Fraktion an, der damals der 67-jährige

18 Neunter Allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 6. und 7. Oktober 1906 in Goslar a./H. Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen, Berlin 1906, S. 83-90, hier S. 85 f.

19 Vgl. ebd., S. 90 f.

20 Ebd., S. 119–123, hier S. 123.

21 Für das Preußische Abgeordnetenhaus kandidierte Falk nicht. Vgl. Thomas Kühne: Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.

22 Vgl. Carl-Wilhelm Reibel: Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918, 2 Bde., hier Bd. 1, Düsseldorf 2007, S. 828-832.

Vorsitzende der rheinischen Ärztekammer, Eduard Lent, vorstand. Lent, so erinnerte sich Falk, sei „ein freiheitlich gesonnener Mann“ gewesen, „in dem das alte liberale Gedankengut wie ein heiliges Feuer glühte, grundsatztreu, von fester unerschütterlicher Überzeugung.“²³ Nach Lents Tod 1911 wählte die liberale Fraktion den 74-jährigen Chemiker Theodor Kyll an die Spitze, den Falk als einen „geistvolle[n], gemütreiche[n], kämpferische[n] Fortschrittsmann, der gegen das Zentrum in der ersten Linie focht“, beschrieb.²⁴ Als Kyll 1916 starb, sollte Falk seine Nachfolge antreten.

Die Stadtverordnetenversammlungen waren kurz vor dem Weltkrieg eine der letzten Bastionen des liberalen Bürgertums. Denn seit 1845 wurden die Stadtverordneten nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt, das die Teilnahme an den Gemeindewahlen von einem jährlichen Mindesteinkommen oder von Hausbesitz abhängig machte. Die Wahlberechtigten wurden nach der Höhe der von ihnen entrichteten direkten Steuern in drei Klassen eingeteilt, auf die jeweils ein Drittel der Gesamtsumme des Steuerbetrages entfiel. Das Rekrutierungssystem führte letztlich dazu, dass die Stimme eines in der ersten Klasse Wählenden ein Vielfaches der Stimme eines Wählers der dritten Abteilung wert war. In Köln entsandten die wohlhabenden Wähler der ersten Klasse in der Regel liberale Abgeordnete in das Kommunalparlament, während die in die dritte Klasse fallende Masse der Wähler dem Zentrum zum Sieg verhalf. Umkämpft waren besonders die Wahlen in der zweiten Klasse, die über die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung entschieden. Und hier, so Falk, „wurde gekämpft, geredet, agitiert und geschleppt. Ich habe als braver Wahlschlepper einen Wähler von seiner Hochzeit weggeholt, was als Großtat gefeiert wurde. Die Mehrheit des Zentrums in der zweiten Abteilung war schwach. Mehrfach bis zuletzt sind liberale Kandidaten auch in der zweiten Abteilung durchgedrungen.“²⁵ Das Dreiklassenwahlrecht garantierte den Liberalen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts die absolute Mehrheit im Kölner Stadtparlament.²⁶

1907 war der 47-jährige, erfahrene Verwaltungsbeamte Max Wallraf zum Kölner Oberbürgermeister gewählt worden. Er war zwar parteilos, stand jedoch den Liberalen nahe. Zu den zwölf Beigeordneten zählte seit 1906 auch Konrad Adenauer, mit seinen 30 Jahren damals der jüngste Beigeordnete der Stadt. 1909 avancierte Adenauer zum Ersten Beigeordneten und damit zum

23 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 219.

24 Ebd.

25 Ebd., S. 216.

26 Zum Dreiklassenwahlrecht vgl. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980, S. 132-139; ferner Helmuth Croon: Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1960; Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988, S. 200-211.

Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Fortan war er für das Steuer- und Finanzdezernat sowie das Personalreferat zuständig.²⁷ Falk hatte Adenauer früh schätzen gelernt. „Von Beginn unserer Bekanntschaft an bis auf den heutigen Tag habe ich Adenauer für einen toleranten, freimütigen und fortschrittlich eingestellten Menschen mit einem starken sozialen und demokratischen Einschlag gehalten. Seinem Charakter gab seine unbeugsame Energie, die sich bis zur Eigensinnigkeit steigern konnte, die bestimmende Note.“²⁸

Mit seiner Wahl in die Kölner Stadtverordnetenversammlung wurde Falk in zahlreiche Ausschüsse gewählt, zu denen auch die Deputation für das Grundstückswesen, der Finanzausschuss oder der Verfassungsausschuss zählten. „Ich darf behaupten“, so versuchte Falk in seinen Erinnerungen sein Wirken in der Kölner Kommunalpolitik zu umreißen, „daß im Verfassungsausschuß wie in der Finanzkommission Beschlüsse von großer Tragweite wohl kaum gegen meinen Widerspruch gefaßt worden sind, soweit es sich nicht um Fragen politischer Art handelte, bei denen die Mehrheit des Zentrums uns majorisierte. Ebenso hatte ich das Ohr der Vollversammlung. Auch auf die Gegner blieben meine Ausführungen selten ohne Eindruck. Sie wirkten umso besser, weil ich vollkommen frei, ohne Konzept, meist ohne irgendwelche Notizen sprach. Ich konnte mir das infolge meiner Kenntnis des Etats leisten.“²⁹

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Falk ein angesehenener und erfolgreicher Rechtsanwalt und Politiker. Seine Arbeit als Kölner Stadtverordneter erhöhte seinen Bekanntheitsgrad, verschaffte ihm Ansehen und Respekt und führte ihm neue Mandanten zu. 1912 wurde ihm auch der Titel Justizrat verliehen. Seine Anwaltspraxis lief bald so gut, dass er Dr. Fritz Fuchs, den Mitherausgeber der „Kölner Rundschau“, als Sozius in seine Kanzlei aufnahm. 1926 sollte Falk noch seinen Sohn Ernst und dessen Freund Wilhelm Koll, den Sohn eines früheren Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts, ins Boot holen.³⁰

Falk hatte 1914 seinen Platz in der Gesellschaft des Kaiserreichs gefunden, ohne seine Konfession, sein Milieu und seine Herkunft verleugnen zu müssen. Falks Lebensweg ist letztlich exemplarisch für die erfolgreiche berufliche und gesellschaftliche Integration der deutschen Juden im Kaiserreich,

27 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Konrad Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg 1876-1952, Stuttgart 1986, S. 142 f.; Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, 2 Bde., hier Bd. 1, Frankfurt/M./Berlin 1997, S. 58-60; Everhard Kleinertz: Konrad Adenauer als Beigeordneter der Stadt Köln (1906-1917), in: Hugo Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 33-78, hier S. 51-53.

28 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 230.

29 Ebd., S. 226.

30 Vgl. ebd., S. 217.

die durch ihre Assimilationsbereitschaft, ihre Bildungsmotivation und ihren Aufstiegswillen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelangten. Diese Entwicklung verlief freilich nicht ohne innere Widersprüche, da die Integration und Assimilation der Juden teilweise mit der Aufgabe der jüdischen Identität, der Sitten und Gebräuche verbunden war. Auch im Haus Bernhard Falks verloren die jüdischen Religionsgesetze an Verbindlichkeit und Wertschätzung. Die allgemeine Säkularisierung des Lebens und der damit verbundene Bedeutungsverlust der Religion, des Religiösen waren auch hier greifbar. Andererseits zeigte der im Kaiserreich latent vorhandene und sich wiederholt offen artikulierende Antisemitismus die Grenzen des deutsch-jüdischen Dialogs auf. Dies mochte in Köln vor dem Krieg noch kein zentrales Thema darstellen und nur vereinzelt problematisiert worden sein. Auch Falk gab sich damals noch der Hoffnung auf ein friedliches Miteinander hin. Erst im Laufe der zwanziger Jahre wuchs auch bei ihm die Erkenntnis, dass der schlagartig an Bedeutung gewinnende Antisemitismus diesen Prozess in Frage stellen konnte und die Emanzipation der Juden dadurch zu scheitern drohte.³¹

Der Erste Weltkrieg

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges diente Falk als Hauptmann der Landwehr beim Ersatzbataillon des Reserveinfanterieregiments 8 in Zweibrücken. Dort musste er Reservisten und alte Landwehrmänner auf den Kriegseinsatz vorbereiten. „Ein bedeutungsvoller Tag war es, als ich den ersten Transport zur Front entließ. Es waren etwa 200 Mann, die stolz und stark mit der Musik an der Spitze auszogen. Ich hatte ihnen eine Abschiedsrede gehalten, die sichtlich eine große Wirkung auf sie ausübte.“³² Bald darauf wurde Falk dem Kreischef von Bastogne in Belgien als Adjutant zugeteilt. Als Auszeichnung für seine Verdienste erhielt er im Oktober 1915 das Eiserne Kreuz.³³ Als er im August 1916 wieder zu seinem Truppenteil nach Zweibrücken zurückkehren sollte, hatte sich die Situation grundlegend geändert. Statt erfahrener Reservisten mussten nun gerade aus der Schule entlassene Rekruten für den Einsatz an der Front ausgebildet werden. Von der Begeisterung der ersten Kriegstage war auch nichts mehr zu spüren. Das Kriegsgeschehen, dem der Jurist Falk zugeteilt wurde, musste wiederholt über Fälle von

31 Vgl. Shulamit Volkov: Jüdische Assimilation und Eigenart im Kaiserreich, in: dies., Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, München ²2000, S. 131-145; Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1 (wie Anm. 8), S. 396–413, hier S. 403–413.

32 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 234 f.

33 Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744, Bl. 1.

Fahnenflucht, von Ungehorsam oder über tätliche Angriffe auf Vorgesetzte entscheiden.

Im Januar 1917 fiel Falks Sohn Alfred. Nach seinem Abitur hatte Alfred ein Semester in Freiburg studiert, um 1913 seinen Militärdienst in München anzutreten. Von dort kam er im August 1914 direkt an die Front und wurde auch bald darauf schwer verwundet. Mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet, meldete er sich im Sommer 1916 zur Luftwaffe. Bei Houplines in der Nähe von Lille starb er wenige Monate später den Fliegertod. Auch Bernhards zweiter Sohn Fritz stand an der Front, wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und bald zum Leutnant befördert.

Der Fliegertod seines Sohnes verleidete Bernhard die Arbeit in Zweibrücken. Es ist anzunehmen, dass auch die Zunahme des Antisemitismus ihm zugesetzt haben dürfte. Ihren prägnanten Ausdruck fand sie in der sog. Judenzählung des preußischen Kriegsministeriums, die 1916 mittels einer statistischen Erhebung dem von den Rechten erhobenen Vorwurf der „jüdischen Drückebergerei“ nachgehen sollte. Die Geheimhaltung der Untersuchung, die die Unsinnigkeit der Klagen deutlich machte, förderte die antisemitische Hetze, da sie zu den absurdesten Gerüchten Anlass bot. Jüdische Patrioten mussten die „Judenzählung“ als unglaubliche Demütigung und Erniedrigung empfinden.³⁴ Man halte sich das Denkwürdige der Situation vor Augen: Falk, der mit seinen beiden Söhnen an der Front stand und ebenso wie diese mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, wurde der feigen Drückebergerei und der nationalen Unzuverlässigkeit verdächtigt!

Es mag deshalb nicht verwundern, dass sich Falk um eine Versetzung nach Köln bemühte. Während des Krieges hatte er wiederholt an den Sitzungen des Stadtverordnetengremiums teilgenommen und war 1916 auch zum Vorsitzenden der liberalen Fraktion gewählt worden. Im darauf folgenden Jahr übernahm er zudem die Leitung des Nationalliberalen Vereins in Köln.³⁵ Oberbürgermeister Wallraf sprach sich deshalb im Februar 1917 bei den zuständigen Armeedienststellen für eine Versetzung Falks nach Köln aus. „Die Rückkehr des Hauptmann Falk nach Cöln“, so Wallraf, „wäre im Interesse der Stadt Cöln von größtem Wert.“³⁶ Nachdem das stellvertretende Generalkommando das Gesuch abgelehnt hatte – das deutsche Heer, so die Antwort, könne in der damaligen Situation auf keinen Mann verzichten –, drängte Falk. Er bat Wallraf „zu erwägen: a) ob nicht gesagt werden kann, daß ich nötig bin, nicht nur daß meine Rückkehr wünschenswert“ sei, „b) ob nicht

34 Vgl. Moshe Zimmermann, *Die deutschen Juden 1914–1945*, München 1997, S. 2–4, bes. S. 3; Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1 (wie Anm. 8), S. 413.

35 Vgl. Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 219, 250.

36 Schreiben von Oberbürgermeister Wallraf an das stellvertretende II. bayerische Armeekorps in Würzburg, Köln, 20.2.1917, in: Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744 (Personalakte Falks), Bl. 9 (Entwurf) und Bl. 10 f. (Schreiben).

mit starker Betonung mein Einfluß auf erhebliche Teile der Bevölkerung angeführt werden“ könne. Es könne, so Falk, „vielleicht angedeutet werden, daß für die Zeit der bevorstehenden Lebensmittelkrise die Anwesenheit und Mitarbeit des Parteiführers geboten erscheint.“³⁷ Im März bat Wallraf erneut um die Freistellung Falks – und hatte endlich Erfolg.³⁸ Falk konnte in seine Heimatstadt zurückkehren. Dort wurde er rasch mit den Versorgungsproblemen der Stadt konfrontiert, als er zum Leiter des städtischen Kohlenamtes ernannt und für die Zwangsbewirtschaftung des Kohlenhandels zuständig wurde.³⁹

Im August 1917 stand die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters an.⁴⁰ Wallraf wurde zum Staatssekretär des Innern und preußischen Staatsminister ernannt. Da das Zentrum über die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung verfügte, schien die Wahl des Ersten Beigeordneten Konrad Adenauer sicher. Um während des Krieges eine Kampf Abstimmung zu vermeiden, bemühte man sich um die Zustimmung der Liberalen. In der liberalen Fraktion hatte Adenauer, den viele für einen „eingefleischte[n] Parteimann“⁴¹ hielten, jedoch nicht nur Freunde. Dennoch setzte sich Falk als Fraktionsvorsitzender für die Wahl des Ersten Beigeordneten ein.⁴² Ihm kam es darauf an, dass das Bild der Einmütigkeit und Geschlossenheit während des Krieges nicht getrübt wurde. Falk, so meinte der Liberale Louis Hagen gegenüber Adenauer, sei der Ansicht, „dass auch der letzte Widerstand zu beseitigen sein wird.“ Adenauer könne sich auf Falk „durchaus verlassen und ich bin der Meinung, daß gegenwärtig auch sein Einfluss bei der anderen Partei nicht zu unterschätzen ist.“⁴³ Am 5. September gab es bei einer Probeabstimmung über die Wahl Adenauers in der liberalen Fraktion nur drei Gegenstimmen. „Falk“, so schrieb Hagen an Adenauer, „hat gestern sehr geschickt operiert und ist mit aller Offenheit, Klarheit und Energie, nicht nur für Sie, sondern auch für eine sofortige Wahl eingetreten.“⁴⁴ Als Gegenleistung forderten die Liberalen allerdings die Stelle des Ersten Beigeordneten für einen der Ihren.⁴⁵ Am 18. September 1917 wurde Adenauer schließlich mit 52 von 54

37 Falk an Wallraf, Zweibrücken, 16.3.1917, in: ebd., Bl. 15-18.

38 Vgl. das Schreiben Wallrafs an das Kgl. Bayerische Kriegsministerium, Köln, 21.3.1917, in: ebd., Bl. 14.

39 Vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 239.

40 Vgl. Gertrud Wegener: Die Wahl Adenauers zum Oberbürgermeister von Köln im Jahre 1917, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 79-98.

41 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 231. Vgl. auch Wegener (wie Anm. 40), S. 84-86.

42 Vgl. das Schreiben Falks an Konrad Adenauer, 16.8.1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 26 f.

43 Louis Hagen an Konrad Adenauer, 11.8.1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 14-16, hier Bl. 15. Mit der anderen Partei sind offensichtlich die linksliberalen Abgeordneten gemeint.

44 Louis Hagen an Konrad Adenauer, 6.9.1917, in: ebd., Bl. 44 f.

45 Vgl. Wegener (wie Anm. 40), S. 85.

Stimmen zum neuen Oberbürgermeister Kölns gewählt. Nur zwei liberale Abgeordnete hatten leere Stimmzettel abgegeben. Erster Beigeordneter wurde der Liberale Bruno Matzerath.⁴⁶

Seine Wertschätzung für Adenauer brachte Falk in seinen Lebenserinnerungen deutlich zum Ausdruck. Adenauer

„war nicht nur ein hervorragender Verwaltungsbeamter, ein unermüdlicher Arbeiter, ein kenntnisreicher Kommunalpolitiker, ein ausgezeichnete Redner, sondern kannte darüber hinaus die stadtkölnische Verwaltung bis zum letzten. Er hatte maßgeblich die Entwicklung der letzten Jahre gefördert, in den bis dahin abgelaufenen Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung mit großem Erfolge geleitet. [...] Im Gegensatz zu Wallraf, der sehr behutsam, bisweilen vielleicht nicht ohne Zagen vorging, ist Adenauer ein Mann der Initiative, die vor keinem Hindernis zurückschr[echt] und sich an die größten und schwierigsten Aufgaben heranwagt.“

Allerdings konnte Falk seine Kritik an der Personalpolitik des neuen Oberbürgermeisters nicht verbergen.

„Was ihm fehlte“, so Falk über Adenauer, „war Menschenkenntnis. Er ging zwar mit einem gesunden Mißtrauen an fremde Persönlichkeiten heran, bildete sich aber dann sein Urteil wohl zu schnell. Nicht wenige haben es verstanden, ihm zu imponieren und sich dadurch zu bedeutsamen Stellungen aufzuschwingen. Aber schnellem Aufstieg [folgte] sehr häufig jäher Absturz. Er verbrauchte die Menschen in sehr kurzer Zeit. Unter verfehelter Beurteilung seitens des Chefs haben verdiente Beigeordnete und Oberbeamte der Stadt Köln leiden müssen. Dabei war er [Adenauer] von Haus aus wohlwollend und gerecht gegen seine Mitarbeiter.“⁴⁷

Die Revolution von 1918/19 in Köln

Zusammenbruch und Revolution überraschten Falk in Köln. Als am 6. November die Nachricht eintraf, dass ein Trupp von ca. 150 Kieler Matrosen sich auf dem Weg nach Köln befände, war die Aufregung im Rathaus, wo sich der Oberbürgermeister mit den Vertretern der politischen Parteien besprach, groß. „Dieses Häuflein“, so erinnerte sich Falk, hätte auch in jenen Tagen des Zusammenbruchs nichts bedeutet, wenn man ihm entschieden entgegengetreten wäre. „Wir waren im Rathause, als die Meldung eintraf,

46 Vgl. Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 231. Zu Matzerath vgl. Everhard Kleinertz/Klaus Pabst: *Die Kölner Beigeordneten 1906-1933 (Biographische Daten)*, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.): *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976*, S. 619-641, hier S. 633 f.

47 Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 230-232.

der Zug der Matrosen sei be[reits] in Hannover oder Osnabrück angelangt. Ich äußerte die Meinung, [man] solle den Zug irgendwo auf ein totes Gleis fahren und die Lokomotiven davon dampfen lassen. Dann werde sich das Weitere schon finden.⁴⁸ Eine mit Maschinengewehren bestückte Kompanie marschierte zwar dann auch zum Bahnhof, rückte aber auf Drängen der Sozialdemokraten wieder ab.⁴⁹ Der SPD unter Wilhelm Sollmann gelang es überdies, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Entwicklung in ruhigere Bahnen zu lenken.⁵⁰ Am 8. November war die Stadt bereits fest in der Hand der Aufständischen. Der Militärgouverneur flüchtete aus Köln, ein Arbeiter- und Soldatenrat übernahm die Macht. Der Oberbürgermeister vermochte allerdings die revolutionäre Bewegung durch die Schaffung eines Wohlfahrtsausschusses zu neutralisieren. In diesem Ausschuss, der sich rasch zu einem Koordinationsorgan mit weitreichenden exekutiven und legislativen Befugnissen entwickeln sollte, waren neben Unabhängigen und Sozialdemokraten auch Verwaltungsbeamte und Unternehmer vertreten.⁵¹ Falk ließ es sich nicht nehmen, den radikalen Sozialisten dort entschieden Paroli zu bieten. „Ich bin dort sehr oft und sehr scharf den Sozialisten beider Richtungen entgegengetreten, unterstützt von meinem Freund Generaldirektor Becker aus Kalk und dem Christlichen Gewerkschaftler Jakob Kaiser.“⁵² „Zum Politisieren kamen wir nie,“ so beschrieb der Mehrheitssozialdemokrat Heinrich Schäfer die damalige Situation im Wohlfahrtsausschuss, „außer in einem Fall, wo wir uns mit den bürgerlichen Herren einmal recht gründlich über die politische Seite der Revolution aussprachen. Mich interessierte hierbei besonders Herr Justizrat Falk, der Führer der Kölner Liberalen, dem man anmerkte, wie sehr der Umsturz der Dinge sein Innerstes getroffen hat. Zerschlugen doch die Novemberereignisse das politische Glaubensbekenntnis des Liberalismus in tausend Scherben. Und Herr Falk hatte sein ganzes Leben diesem Bekenntnis gewidmet. Es schien, als ob er als alter ergrauter Mann diesen Zusammenbruch der alten Welt nicht verwinden könne. Um so erfreulicher war es für mich, daß er sich an die Spitze der neuen demokratischen Partei stellte. Er, der Alte, den Jungen voran. Herr Falk wird sich darüber im Klaren sein, daß die neue demokratische Partei um so längeren Bestand haben wird, je mehr sie sich von den Überlieferungen der wilhelminischen Zeit entfernt hält. In wirtschaftlichen Fragen, das sahen wir

48 Ebd., S. 259.

49 Vgl. Schwarz (wie Anm. 27), S. 188; Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 259.

50 Vgl. Sollmann, Die Revolution in Köln, S. 7 f.; Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 259.

51 Zum Wohlfahrtsausschuss vgl. Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 261; Heinrich Schäfer: Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919, S. 19 f., 30-36.

52 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 261.

voraus, werden Herr Falk und seine demokratischen Freunde der neuen Zeit nur der Not gehorchend Zugeständnisse zu machen bereit sein.“⁵³

Die Revolution war in Köln mit der Besetzung der Stadt durch britische Truppen am 6. Dezember 1918 zu Ende. Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 sollte das gesamte linke Rheinufer mit den drei Brückenköpfen bei Köln, Mainz und Koblenz innerhalb von drei Wochen geräumt und von den Alliierten besetzt werden.⁵⁴

Die Rheinlandbewegung von 1918/19

Die lange Zeit diffuse Situation in der Reichshauptstadt, die Unbestimmtheit über die zukünftige Ordnung des Reichs, die traditionelle Abneigung gegen Berlin, aber auch die Ungewissheit über die Ziele und Friedensbedingungen der Ententemächte, insbesondere die Angst, von Frankreich annektiert zu werden, förderten Ende 1918 eine Bewegung, die auf die politische Selbständigkeit der Rheinlande abzielte.⁵⁵

Mit der namentlich auch von Politikern des Zentrums erhobenen Forderung nach einem selbständigen Rheinstaat im Verband des Reiches glaubte man den sicherheitspolitischen Interessen Frankreichs Rechnung tragen und damit Zugeständnisse bei den Friedensverhandlungen erlangen zu können. Im Windschatten dieser Zentrums политики segelte eine kleine Gruppe um den früheren Staatsanwalt Hans Adam Dorten, die auf einen vom Reich unabhängigen, eng an Frankreich angelehnten Rheinstaat reflektierte. Diese Gruppe rückte die Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923 in die Nähe von Landesverrättern.⁵⁶

Die Forderung nach „Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen, selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik“ wurde am 4. Dezember in einer Kölner Zentrumsversammlung erhoben. „Mit der Dynastie der Hohenzollern, der wir durch Eid verpflichtet waren“, so der Vorsitzende des

53 Schäfer (wie Anm. 51), S. 30 f.

54 Vgl. Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, München ⁶2002, S. 8 f.; Schwarz (wie Anm. 27), S. 196 f.

55 Vgl. Rudolf Morsey: *Die Rheinlande, Preußen und das Reich*, in: *Rheinische Vierteljahresblätter* 30 (1965), S. 180-195; Rudolf Vierhaus: *Preußen und die Rheinlande 1815-1915*, in: ebd., S. 152-175; Karl Dietrich Erdmann: *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966; Henning Köhler: *Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918-1924*, Opladen 1986; Martin Schlemmer: „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln/Weimar/Wien 2007; Ferner Gitta Steinmeyer: *Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919*, Stuttgart 1979; Pierre Renouvin: *Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914-1918*, in: *GWU* 17 (1966), S. 129-158; Paul Tirard: *La France sur le Rhin*, Paris 1930, S. 9-68.

56 Zu Dorten vgl. Erwin Bischof: *Rheinischer Separatismus 1918-1924*. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen, Bern 1969.

rheinischen Zentrums, Karl Trimborn, „ist für uns jede rechtliche Verpflichtung, an Preußen festzuhalten, verschwunden“.⁵⁷ Gegen diese Separationsbestrebungen bezogen die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die SPD, die im Gürzenich und im Börsensaal „gewaltige Kundgebung[en]“ veranstalteten, rasch Position. „Die Straßen“, so Falk, „standen schwarz voll von Menschen, die sich in stürmischen Kundgebungen Luft machten. Ich habe in den beiden Versammlungen unter gewaltigem Beifall gesprochen.“⁵⁸

Die Mitte November 1918 gegründete DDP war Falks neue politische Heimat. Die Gründung hatte den Versuch dargestellt, das gespaltene liberale Lager zu einen. Aber letztlich stellte die Partei nur eine umetikettierte Neuaufgabe der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei dar. Nur wenige Nationalliberale, wie deren Parteivorsitzender Robert Friedberg oder Falk, hatten sich der Neugründung angeschlossen. Die überwiegende Mehrheit der Nationalliberalen ging in der Mitte Dezember gegründeten Deutschen Volkspartei (DVP) auf.⁵⁹

Die Gründung der DDP in Köln wurde durch die jahrelange Zusammenarbeit zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern auf kommunaler Ebene erleichtert. „Der Zustrom zu dieser Partei“, so Falk, „war gewaltig. Sie erschien als Rettung auch vielen, die bis dahin im politischen Leben ferngeblieben waren oder rechtsstehenden Gruppen angehört hatten.“⁶⁰

Als sich Anfang 1919 der Eindruck verdichtete, dass das Rheinufer zu den französischen Kriegszielen gehörte, glaubten die Protagonisten der Rheinlandbewegung die Friedensverhandlungen durch die Errichtung eines westdeutschen Staates in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Zudem stand in der am 19. Januar gewählten Nationalversammlung die Beratung des neuen Verfassungsstatuts an. Einer Einladung Adenauers folgend kamen am 1. Februar die zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung gewählten Abgeordneten im Kölner Rathaus zusammen. Offen sprach sich nun auch Adenauer für die Errichtung eines von Preußen unabhängigen, aber dem Reichsverband angehörenden Westdeutschen Staates

57 Kölnische Volkszeitung, 957, 5.12.1918: „Das rheinische Bürgertum zu den Forderungen der Zeit.“ Vgl. auch die Denkschrift Adenauers über sein Verhältnis zu den Rheinstaaatsbestrebungen. 9. November 1918 bis 17. März 1919. o.D., in: Erdmann, Adenauer (wie Anm. 55), Nr. 4, S. 238-253, hier S. 239.

58 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 264.

59 Zur Gründung von DDP und DVP vgl. Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, bes. S. 25-88; Bruce B. Frye: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville 1985, S. 38-54; Larry Eugene Jones: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933, Chapel Hill/London 1988, S. 15-29; Langewiesche (wie Anm. 26), S. 241.

60 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 265.

aus. Bei den anderen Parteien stießen diese Überlegungen auf teilweise scharfe Ablehnung. Auch Falk trat diesen Plänen entgegen. „Ich betonte als unabweisliches Gebot, wir Rheinländer hätten Sorge zu tragen, daß keine Klammer gelöst werde, die uns mit unseren deutschen Brüdern verbinde. Jede Lockerung bedeute die Gefahr des Verderbens für uns und das Reich.“⁶¹ Die Tagung endete mit der Einsetzung eines Westdeutschen Ausschusses, dem die Bearbeitung der auf die Errichtung einer westdeutschen Staates gerichteten Pläne übertragen wurde und mit dem man hoffte, die Rheinlandbewegung institutionell einbinden zu können.⁶² Dem Ausschuss sollte nur ein kurzes Leben beschieden sein. Nur einmal, am 30. Mai, trat er zur Besprechung der politischen Lage zusammen.⁶³

Die Situation spitzte sich am 1. Juni zu, als mit Unterstützung des französischen Oberkommandierenden in Wiesbaden die Rheinische Republik proklamiert wurde. Da die Beamenschaft die neuen Machthaber mit Nichtachtung strafte, nahm das Unternehmen ein rasches Ende.⁶⁴ Seine Verärgerung über diesen Operettencoup ließ Falk wenige Tage später in einem im „Kölner Tageblatt“ veröffentlichten Artikel mit der Überschrift „Verfluchtes Bilsenkraut“ freien Lauf. „Wichtigmacher und Wirrköpfe sind am Werke, um die gefährliche Hohlheit ihrer eigenen armen Gedankengänge in das rheinische Volk zu ergießen.“ Es lohne sich nicht, über die Separatisten, „über diese Helden ein Wort zu verlieren. Kein Lied, kein Heldentuch wird ihre Namen nennen; es wäre eine Beleidigung für Herostrat, wollte man ihn mit diesen Burschen vergleichen.“ Deutschland brauche nun Ruhe, Selbstdisziplin und Vertrauen. „Das Gift des Bilsenkrautes darf keinen Einzug bei uns finden.“⁶⁵

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages und des Rheinlandstatuts am 28. Juni 1919 setzte schließlich den Separationsbestrebungen ein Ende. Die bereits im Waffenstillstandsabkommen geschaffene Lage wurde festgeschrieben. Das Rheinland trat unter ein alliiertes Besatzungsregime, dessen Ende allerdings trotz der fünfzehnjährigen Befristung ungewiss war.⁶⁶ Den Neugliederungsplänen entzog auch die am 14. August 1919 verkündete

61 Ebd., S. 273.

62 Versammlung der linksrheinischen Abgeordneten zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung sowie der Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte in Köln am 1. Februar 1919. Niederschrift o.D., in: Erdmann, Adenauer (wie Anm. 55), Nr. 1, S. 212-234.

63 Sitzung des „Westdeutschen politischen Ausschusses“. Köln, 30. Mai 1919, in: Erdmann, Adenauer (wie Anm. 55), Nr. 5, S. 253-279, hier S. 265.

64 Vgl. Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 1143 f.; Bischof (wie Anm. 56), S. 81-93.

65 Kölner Tageblatt, 276, 8.6.1919: „Verfluchtes Bilsenkraut“. Von Justizrat Bernhard Falk.

66 Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 64), S. 1175; Erdmann, Adenauer (wie Anm. 55), S. 65 f.

Weimarer Reichsverfassung den Boden. So war nach Art. 18 zwar die Neubildung von Ländern durch verfassungsänderndes oder durch einfaches Reichsgesetz im Falle der Zustimmung der betroffenen Länder oder nach erfolgreicher Volksabstimmung möglich. Doch konnte in die Verfassung mit Art. 167 eine zweijährige Sperrfrist eingebaut werden. „Die nächsten zwei Jahre“, so Falk am 22. Juli 1919 in der Nationalversammlung, „sind die Jahre, in denen die Gefahr auf den Höhepunkt steigen wird. Es sind die Jahre, in denen sich zeigen wird, ob und inwieweit dieser Friede getragen werden kann“, in denen „das rheinische Volk der Gefahr der Verführung und der Verwelschung“ unterliege. Es gelte deshalb, den Loslösungsbestrebungen einen Riegel vorzuschieben und das Rheinland beim Reich zu halten.⁶⁷

Es gelang zudem, die Parteien des Rheinlands, Zentrum, SPD, DDP, DVP und DNVP, auf eine gemeinsame Position festzulegen. Auf ihren Tagungen in Königswinter im Juni, Oktober, Dezember 1921 und im April 1922 wandten sich die Parteien nicht nur scharf gegen den rheinischen Separatismus, sondern machten auch deutlich, dass sie eine Abstimmung nach Art. 18 der Reichsverfassung für die Dauer der Besetzung ablehnten.⁶⁸ „In Königswinter“, so Falk rückblickend, „wurde also das erreicht, um was in Weimar erfolglos gerungen [worden] war. Damit aber war die schwerste Gefahr für die Loslösung gebannt. Jetzt waren auch die ‚legalen‘ Vorkämpfer für den Rheinstaat mattgesetzt.“⁶⁹ Erst im krisengeschüttelten Jahr 1923 sollte es erneut zu einem Wiederaufleben der rheinischen Absonderungspläne kommen, die diesmal sogar heftiger als im Jahr 1919 den Bestand des Reiches in Frage stellen sollten.

Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung 1919/20

Falk wurde am 19. Januar 1919 für die DDP in die Verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt.⁷⁰ Die neugegründete linksliberale Partei avancierte mit 18,5 Prozent der Stimmen und 75 Mandaten zur drittstärksten Partei. Ihr Wahlerfolg war der Tatsache geschuldet, dass sie sich erfolgreich als

67 Falk in der 63. Sitzung am 22.7.1919 in der Nationalversammlung, in: SBNV 1919/20, Bd. 328, S. S. 1803 f., hier S. 1804.

68 Vgl. Kölnische Zeitung, 417, 11.6.1921: „Gegen die Zwangsmaßnahmen im Rheinland“; Kölnische Zeitung, 847, 13.12.1921: „Zum Schutz des Rheinlands“; Kölnische Zeitung, 711, 21.10.1921: „Eine Kundgebung der rheinischen politischen Parteien“. Zur Koalition von Königswinter vgl. Klaus Reimer: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1979, S. 180-182.

69 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 277.

70 Vgl. Kölnische Zeitung, 1188, 31.12.1918: „Städtische Nachrichten. Die Deutsche Demokratische Partei“.

Bollwerk gegen eine sozialistische Alleinherrschaft und als Sammelbecken für das von links aufgeschreckte Bürgertum darzustellen vermochte.⁷¹ Die Regierung bildeten MSPD, Zentrum und DDP, die damit die während des Krieges begonnene und u.a. bei der Verabschiedung der Friedensresolution im Juli 1917 zum Tragen gekommene Zusammenarbeit fortsetzten. Der neuen Regierung unter Reichsministerpräsident Scheidemann gehörten auch drei Demokraten an.⁷²

Aufgrund des Ansehens und der Bedeutung, die Falk durch sein entschiedenes Auftreten gegen den rheinischen Separatismus erlangt hatte, wurde er von seiner Fraktion bereits bei der Aussprache über die Regierungserklärung ins Rennen geschickt. Damit sollte die Fürsorge und Aufmerksamkeit, die man den besetzten Gebieten und besonders dem Rheinland zukommen lassen wollte, zum Ausdruck gebracht werden. In seiner Rede am 19. Februar 1919 verurteilte Falk die Loslösungsbestrebungen im Rheinlande. Sein Bekenntnis zum Reich und die Betonung der Reichstreue der Rheinländer wurden mit lautem Bravo quittiert.

„Wir Rheinländer“, so Falk, „lieben unser engeres schönes Vaterland mit unserem ganzen Herzen. [...] Wir sind stolz auf den grünen Rhein, den der Zauber der Romantik mit seinen goldenen Fäden umspinnen hat, und der das Lebensmark und die Lebensstraße für uns und darüber hinaus für ganz Deutschland geworden ist“. Wenn es auch sein möge, dass es im Rheinland Personen gebe, die sich mit separatistischen Gedanken abgeben würden, „die heute geradezu sündhaft sind“, so könne er doch mit allem Nachdruck versichern, „daß wir Rheinländer mit Gut und Blut an unserem Vaterlande hängen.“⁷³

Das Echo auf seine Rede war durchweg positiv. Als „besondere Anerkennung“ sah es Falk an, dass die britischen Besatzungsbehörden den Abdruck seiner Rede in den Kölner Zeitungen untersagten.⁷⁴ Die herausragende Stellung Falks innerhalb der Partei fand seinen Niederschlag in seiner Wahl in den 1918 gebildeten provisorischen Hauptausschuss und in den Parteivorstand im Juli 1919.⁷⁵

71 Vgl. Albertin, *Liberalismus und Demokratie* (wie Anm. 59), S. 138–144.

72 Vgl. Kolb, *Die Weimarer Republik* (wie Anm. 54), S. 17.

73 Falk in der 11. Sitzung am 19.2.1919 in der Nationalversammlung, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 190–196, hier S. 190 f.

74 Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 282.

75 Vgl. *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933*. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin, Düsseldorf 1980, S. 773, 803.

Bei der Verabschiedung der Reichsverfassung spielte Falk nur eine untergeordnete Rolle. Dem Verfassungsausschuss gehörte er nur als stellvertretendes Mitglied an.⁷⁶ Dennoch sollte ihn die Frage der Neubildung der Länder noch einmal in die Debatte eingreifen lassen, wenngleich es ihm auch nicht gelang, die Anwendung des Artikels 18 für die Dauer der Besetzung zu blockieren.⁷⁷

Große Aufmerksamkeit widmete Falk der Friedensfrage, war er doch als Mitglied des Friedensausschusses, der auf Drängen der Abgeordneten aus den besetzten Gebieten im April 1919 gebildet worden war, in die Verhandlungen eingebunden.⁷⁸

Falks Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden sollte bitter enttäuscht werden. Auch er hatte sich lange Zeit im „Traumland der Waffenstillstandsperiode“⁷⁹ befunden. Die Friedensbedingungen, so Falk, überstiegen selbst „die schlimmsten Befürchtungen, die sich verzweifelte Pessimisten in unseren Reihen vielleicht gemacht haben konnten.“⁸⁰ Diese Bedingungen waren für Falk „unannehmbar“.⁸¹ Am 10. Mai einigte sich die demokratische Reichstagsfraktion auf eine Ablehnung der alliierten Vorgaben.⁸² Die Fraktion, so fasste Falk am 18. Mai auf der Sitzung des Hauptvorstands zusammen, lehne den Frieden nicht aus taktischen Gründen, sondern wegen der verheerenden Folgen, die der Frieden nach sich ziehe, ab. „Läßt es die Entente darauf ankommen: schlimmer als ohnehin kann es uns nicht ergehen. Scharen Sie sich hinter die Fraktion und sorgen Sie dafür, daß der Geist, von dem wir uns leiten lassen, im Volk lebendig bleibt.“⁸³

Die Reichstagsfraktion war jedoch in sich zerrissen. Mit den Stimmen eines Teils der DDP ermächtigte das Parlament die Regierung am 22. Juni 1919 zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrags.⁸⁴ Falk hatte der

76 Vgl. Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 285.

77 Falk in der 63. Sitzung am 22.7.1919 in der Nationalversammlung, in: SBNV 1919/20, Bd. 328, S. 1803 f.

78 Zum Friedensausschuss vgl. Albertin, *Liberalismus und Demokratie* (wie Anm. 59), S. 319 f.; ferner Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 288.

79 Ernst Troeltsch (*Spectator*): Nach der Entscheidung, 26.6.1919, in: Ernst Troeltsch: *Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen*, Frankfurt am Main 1994, S. 56-62, hier S. 61 f.

80 Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 288.

81 Ebd.

82 Zur Sitzung der Reichstagsfraktion der DDP vom 10. Mai 1919 vgl. die Aufzeichnungen von Erich Koch-Weser, in: BA Koblenz, NL Erich Koch-Weser, N 1012, Nr. 16, Bl. 113-117.

83 Falk auf der Sitzung des Hauptvorstands am 18. Mai 1919, in: *Linksliberalismus in der Weimarer Republik* (wie Anm. 75), Nr. 28, S. 65-73, hier S. 70 f., Zitat S. 71.

84 Die Abstimmung in der 41. Sitzung der Nationalversammlung am 23. Juni 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 327, S. 1141.

Unterzeichnung des Vertrags seine Zustimmung versagt.⁸⁵ Am 20. Juni war die DDP bereits aus der Regierung ausgeschieden.⁸⁶ Die Konsequenzen waren letztlich fatal, da auch der „Vater der Verfassung“, Hugo Preuß, sein Amt als Reichsinnenminister aufgeben musste.⁸⁷

Will man Falks parlamentarisches Debüt in Weimar einem abschließenden Resümee unterziehen, so bleibt vor allem sein Auftreten als Sprecher der besetzten Rheinlande hervorzuheben. Er war das Sprachrohr der deutsch und preußisch gesinnten Rheinländer, die sich deutlich von der separatistischen Bewegung ihrer Provinz distanzieren wollten, die durch ihre Nähe zu den Besatzungsmächten in ein eigentümliches Zwielficht gerückt war. Als Vertreter der besetzten Gebiete konnte er sich mithin rasch einen Namen machen und sich für höhere Aufgaben empfehlen.⁸⁸

Die Reichstagswahlen vom Juni 1920 stellten für Falk und die DDP allerdings eine herbe Enttäuschung dar. Die Verbitterung über den Versailler Vertrag und die allgemeinen politischen Verhältnisse fand nun auch bei den Wahlen ihren Niederschlag. Die „Welle von rechts“ hatte im März 1920 bereits im Kapp-Lüttwitz-Putsch seinen Niederschlag gefunden.⁸⁹ Hatten die Demokraten gehofft, aus der halbherzigen Ablehnung des Friedensvertrags, dem Bruch der Regierungskoalition und dem gescheiterten Putsch-Versuch politisches Kapital ziehen zu können, so wurden sie rasch eines Besseren belehrt. Nach 18,5 Prozent Anfang 1919 kamen sie ein Jahr später gerade einmal auf 8,2 Prozent der Wählerstimmen.⁹⁰

Zu den Wahlverlierern zählte auch Falk, der in seinem Wahlkreis Köln-Aachen kein Mandat mehr erringen konnte.⁹¹ Falk sah sich wieder auf seinen eigentlichen, engeren Kölner Wirkungskreis zurückgeworfen, wo er bis 1930 in der Kommunalpolitik noch eine wichtige Rolle spielen sollte. Daneben

85 Vgl. auch ebd., S. 1136.

86 Vgl. Otto Nuschke, *Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist*, in: Anton Erkelenz (Hrsg.): *Zehn Jahre Deutsche Republik*, Berlin 1928, S. 34-36; Albertin, *Liberalismus und Demokratie* (wie Anm. 59), S. 333-344; Eberhard Kolb: *Der Frieden von Versailles*, München 2005, S. 71-90.

87 Vgl. Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 291.

88 Seine Tätigkeit in zahlreichen Ausschüssen offenbarte zudem sein parlamentarisches Geschick, wobei ihm seine juristische Fachkenntnis und seine kommunalpolitische Erfahrung zugutekamen. Vgl. auch die Rede Falks als Berichterstatter zum Gesetz betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft in der 130. Sitzung am 16. Dezember 1919, in: SBNU 1919/20, Bd. 331, S. 4059 f. Ferner Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 283-285.

89 Ernst Troeltsch (Spectator): *Die Welle von rechts*, 19.12.1919, in: Troeltsch, *Die Fehlgelburt einer Republik* (wie Anm. 79), S. 99-106.

90 Zu den Wahlergebnissen von 1920 vgl. Ernst Rudolf Huber: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*. Bd. 7: *Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 142 f.

91 Vgl. *Kölnische Zeitung*, 509 und 510 vom 8.6.1920: „Die Wahlen zum Reichstag.“

gehörte er dem Vorstand des Städtetages, dem Rheinischen Provinziallandtag und von 1921 bis 1924 als stellvertretendes Mitglied auch dem Preußischen Staatsrat an.⁹²

Der Ruhrkampf 1923

Der wegen ausgebliebener Reparationsleistungen erfolgte Einmarsch belgischer und französischer Truppen ins Ruhrgebiet im Januar 1923 führte zu einer neuen Eskalation. Die Ruhrbesetzung beantwortete die Reichsregierung mit der Einstellung der Reparationslieferungen und der Proklamation des passiven Widerstands, wodurch Beamten und Eisenbahnern die Befolgung alliierter Anordnungen untersagt wurde. Die Strategie der deutschen Regierung ließ sich nicht lange durchhalten. Die Bilanz war bedrückend: 132 Tote, 150000 ausgewiesene Beamte und Arbeiter und eine vollkommen zerrütete Währung.⁹³

Die britische Besatzungszone um Köln war vom Ruhrkampf nicht direkt betroffen. Sie war, wie Falk meinte, eine „Insel der Seligen“.⁹⁴ Dennoch bildete sich nach dem Ruhreinmarsch in Köln ein Fünferausschuss aus Vertretern der einzelnen Parteien, unter ihnen auch Falk für die DDP.⁹⁵ Obwohl die Einstellung des passiven Widerstands angesichts des beispiellosen Währungsverfalls im Spätsommer abzusehen war, waren die Abgeordneten der besetzten Gebiete doch „maßlos überrascht“, als Reichskanzler Stresemann sie am 6. September von seinen Absichten in Kenntnis setzte.⁹⁶ Als man am 24. September erneut in Berlin zusammenkam, schälten sich die Positionen der einzelnen Parteien heraus. Erstmals trat der Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres (DVP) für eine entschiedene Obstruktionspolitik ein. Das Reich solle sich solange von seinen Verpflichtungen gegenüber den Besatzungsmächten lossagen, bis völkerrechts- und vertragsmäßige Zustände an Rhein und Ruhr wiederhergestellt seien. Er nahm in Kauf, dass das besetzte Gebiet in der Zwischenzeit der Willkür der Besatzungsmächte ausgeliefert würde. Diese später als „Versackungspolitik“ bezeichnete Strategie traf damals bei Falk auf ein gewisses Verständnis, fand er doch Worte der Anerkennung „für die männlichen Worte“ des DVP-Politikers. Allerdings gab er

92 Vgl. Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 96-100.

93 Zur Ruhrbesetzung vgl. Conan Fischer: *The Ruhr Crisis 1923-1924*, Oxford 2003; Huber, *Verfassungsgeschichte*, Bd. 7 (wie Anm. 90), S. 271-307; Peter Krüger: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt ²1993, S. 183-206.

94 Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 301.

95 Vgl. ebd.

96 Ebd., S. 304; vgl. auch die Besprechung mit rheinischen Abgeordneten, 6. September 1923, [11 Uhr], in: *Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I und II*, 2 Bde., hier Bd. 1, Boppard am Rhein 1978, Nr. 43, S. 197.

auch zu bedenken, dass der Vorschlag „die bedenklichsten Folgen für die Bevölkerung des besetzten Gebiets zeitigen würde.“⁹⁷ In seinen Erinnerungen wurde Falk deutlicher. So sah er in der von Jarres vertretenen „Versackungspolitik“ die „größte Gefahr für unser Rheinland“. „Das war Katastrophenpolitik. Sie mußte unübersehbares Unglück über Deutschland bringen.“ Er sei dieser Haltung deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit „mit Entschiedenheit“ entgegengetreten, wobei er hier etwas übertrieb.⁹⁸

Am 26. September erklärte die Reichsregierung den passiven Widerstand für beendet.⁹⁹ Um die bevorstehende Währungsreform nicht zu gefährden, wurde offen erwogen, die neue Währung nicht im besetzten Gebiet einzuführen. Unter dem Schutz, teilweise mit Hilfe der Besatzungsmächte kam es zu separatistischen Putschen. Vor diesem Hintergrund wurde für den 25. Oktober in Hagen ein neuerliches Treffen mit der Reichsregierung anberaumt. Am Tag zuvor kam es in Barmen zu einer Vorbesprechung von Politik und Wirtschaft aus Rheinland und Westfalen. Während Jarres weiter einer Obstruktionspolitik das Wort redete, brachte Adenauer sein Rheinstaatsprojekt wieder ins Gespräch als Möglichkeit zur Verständigung mit Frankreich. Falk ließ immerhin Sympathien für den Vorschlag des Kölner Oberbürgermeisters erkennen. So habe er sich, nach den Notizen von Jarres,

„im wesentlichen“ auf Adenauers Standpunkt gestellt, „schälte ihn nur noch etwas klarer heraus. [...] Er war der Auffassung, daß wir dem Schicksal einer staatsrechtlichen Änderung wahrscheinlich auf keinen Fall, weder de facto noch de jure, entgegen würden. Aber diese neue unvermeidliche Staatsform dürften wir nicht freiwillig suchen, sondern müssten sie uns aufzwingen lassen. Unter Umständen erschien es aber auch ihm denkbar, daß es im Interesse des Vaterlandes richtiger gehandelt wäre, wenn wir im Wege der Verhandlungen selbst diese Staatsform herbeiführten.“¹⁰⁰

97 Besprechung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und Beamtenorganisationen des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 16.30 Uhr, in: ebd., Nr. 77, S. 339-345, hier S. 343 f. Vgl. auch die Besprechung mit Vertretern der fünf Parteien und Vertretern des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 12 Uhr, in: ebd., Nr. 76, S. 334-338.

98 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), 305 f.

99 Vgl. den Aufruf der Reichsregierung Cuno zum Abbruch des passiven Widerstandes vom 26. September 1923 sowie die Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923, in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933. Dritte neubearbeitete Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, Nr. 263, S. 315 f., Nr. 268, S. 322 f.

100 Denkschrift von Karl Jarres vom 20.11.1926, „Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung“, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49-95, hier Bl. 55.

Im Rückblick erschien Falk seine Haltung unangenehm gewesen zu sein, da er in seinen Erinnerungen nicht nur einen deutlichen Trennungsstrich gegenüber Jarres, sondern auch gegenüber Adenauer zu ziehen versuchte.¹⁰¹ Bei ihrem Treffen mit Reichskanzler Stresemann in Hagen am folgenden Tag beschrieb Falk erneut die Position seiner Partei. Hatte er in Barmen noch Verhandlungen mit Frankreich über eine staatsrechtliche Änderung am Rhein unter Umständen für möglich gehalten, so nahm er in Hagen von dieser Option Abstand. Dies mochte auch daran gelegen haben, dass Stresemann deutliche Worte zur Rheinlandbewegung fand. Die Sitzung endete schließlich mit der Zusage Stresemanns, die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet fortzuzahlen. Gleichzeitig billigte der Kanzler die von Falk geforderte Einsetzung eines Ausschusses, der mit den Franzosen in Verhandlungen über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände im besetzten Gebiet treten sollte. Zu diesem Zweck wurde der Kölner Fünferausschuss auf 15 Mitglieder erweitert.¹⁰²

Ende 1923 setzte ein allgemeiner Umschwung ein. So ermöglichte das von der westdeutschen Industrie und den Besatzungsbehörden ausgehandelte Abkommen die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet. Dann gewann die neue Währung, die Rentenmark, rasch an Vertrauen und es konnte zudem der Inflation Einhalt geboten werden. Auch konnte den Separatisten der Boden entzogen werden. Schließlich gelang eine internationale Lösung des Rhein- und Ruhrproblems durch eine Neuregelung der Reparationsfrage. Im Vertrag von Locarno vom Oktober 1925 konnte schließlich auch dem französischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen werden.¹⁰³ Am 10. Januar 1926 kam es zur Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone (Köln).

„Als die britische Fahne von dem britischen Hauptquartier niedergeholt wurde, als dann in mitternächtlicher Weihestunde Tausende und Abertausende auf dem Domplatz die Hände emporstreckten zum vaterländischen Gelöbniß, da überkam mich die Erinnerungen an die furchtbare Tragik des Erlebten, da erfüllten mich Stolz und Befriedigung, vaterländisches Hochgefühl und nationale Begeisterung.“¹⁰⁴

101 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 312: „Ich hielt eben auch jetzt noch die Loslösung keineswegs für unvermeidlich. Daher war mir die Anbahnung von Verhandlungen über die Bedingungen und Folgen eines solchen Schrittes nichts anderes als ein durchaus verfehltes Entgegenkommen gegen die französischen Pläne, denen wir bisher mit Erfolg widerstanden hatten.“

102 Vgl. die Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr, in: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann (wie Anm. 96), Nr. 179, S. 761-836. Vgl. auch Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 312. Ferner: Reimer (wie Anm. 68), S. 317-319; Schwarz (wie Anm. 27), S. 268-273.

103 Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 7 (wie Anm. 90), S. 504-527; Reimer, (wie Anm. 68), S. 345-356, 368-377; Kolb, Weimarer Republik (wie Anm. 54), S. 53, 56.

104 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 320.

Im Dezember 1924 ließ Falk sich in den Preußischen Landtag wählen. Die demokratische Fraktion, der 1919 noch 65 Abgeordnete angehört hatten, verfügte damals nur mehr über 27 Sitze.¹⁰⁵ Da der Fraktionsvorsitzende Walther Schreiber und sein Stellvertreter Hermann Höpker Aschoff bereits im Januar ins Kabinett berufen wurden,¹⁰⁶ oblag die eigentliche Fraktionsarbeit Bernhard Falk, der am 18. Februar 1925 zum zweiten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Seine Wahl hatte er seiner starken Stellung als Vorsitzender des Rheinischen Provinzialverbandes und als Vertreter der besetzten Gebiete zu verdanken.¹⁰⁷

Falks Aufgabe bestand darin, sechsundzwanzig selbstbewusste Individualisten zu führen und zu einem geschlossenen Auftreten zu veranlassen. Ein Problem stellte das nachlassende Interesse an kontinuierlicher Fraktionsarbeit dar, das in der sinkenden Sitzungsintensität und der schwachen Sitzungsbeteiligung zum Ausdruck kam. War die demokratische Landtagsfraktion 1919 noch zu 113 Sitzungen zusammengekommen, so trafen sich die Demokraten 1931 nur mehr 41 Mal.¹⁰⁸ Auch ließ die Teilnahme an den Fraktionssitzungen zu wünschen übrig.¹⁰⁹ In seinen Erinnerungen räumte Falk Schwierigkeiten ein, „den inneren Zusammenschluß und die bewußte Zusammenarbeit der Fraktionsfreunde herbeizuführen und zu erhalten.“¹¹⁰ Denn jeder Abgeordnete sei in seinem Kreis eine führende, allgemein anerkannte und respektierte Persönlichkeit gewesen, die nicht nur Kenntnisse und Erfahrungen, sondern auch Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis mitgebracht hätte. Da den persönlichen Ansprüchen und Wünschen der einzelnen Abgeordneten nicht immer habe entsprochen werden können, habe man schnell Fraktionskollegen verstimmen und gegen sich aufbringen können. Auch dem Problem der Gruppenbildung und der Aufsplitterung der Fraktion habe er begegnen müssen. „Alle diese Schwierigkeiten zu erkennen und ihnen nach Möglichkeit a[uszuweichen] ist die schwere Aufgabe des Vorsitzenden, dem es hin und wieder auch [nicht] erspart bleiben mag, zu ernstlichen Mahnungen seine Zuflucht zu nehmen.“¹¹⁰

Seit April 1925 wurde Preußen durch ein Minderheitskabinett unter Führung des Sozialdemokraten Otto Braun regiert, dem SPD, Zentrum und DDP

105 Vgl. Horst Möller: *Parlamentarismus in Preußen 1919-1932*, Düsseldorf 1985, S. 601.

106 Vgl. Joachim Stang: *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933*, Düsseldorf 1994, S. 191-193.

107 Vgl. *Linksliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DSTP 1919-1932*. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalman, 2 Bde., Düsseldorf 2009, Bd. 2, S. 782.

108 Vgl. ebd., Bd. 1, S. 3-223, Bd. 2, S. 1158-1206.

109 Vgl. ebd., Bd. 2, S. 1146 f., hier S. 1146, und S. 1160-1162, hier S. 1160.

110 Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 325.

angehörten. Die Angst der im Parlament vertretenen kleineren Parteien, wie der Wirtschaftspartei, vor Neuwahlen sicherte der Regierung das Überleben. 1928 sollte es den Weimarer Koalitionsparteien wieder gelingen, bei den preußischen Landtagswahlen eine eigene Mehrheit der Mandate zu erringen.¹¹¹

Die relative Stabilität der Verhältnisse in Preußen sticht positiv von den Zuständen im Reich ab. Während im Reich von 1919 bis 1932 zwanzig Regierungen aufeinander folgten, waren es in Preußen nur sieben. Darunter befanden sich nur drei Minderheitskabinette im Vergleich zu dreizehn im Reich. Die relative Konstanz der preußischen Verhältnisse resultierte aus dem Fehlen der großen Streitfragen der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die das Reich tief erschütterten. Auch war es im Gegensatz zum Reich in Preußen nicht möglich, politische Verantwortung auf ein Staatsoberhaupt abzuwälzen. Durch geschickte Personalpolitik gelang es in Preußen zudem, einen halbwegs loyalen Verwaltungsapparat zu schaffen.¹¹²

Im preußischen Staatsministerium verfügten die Demokraten über eine relativ starke Stellung. So besetzten sie mit Handelsminister Schreiber und Finanzminister Höpker Aschoff zwei Schlüsselressorts. Zugleich stand ihr der parteilose Kultusminister Carl Heinrich Becker nahe, so dass die kleine Vier-Prozent-Partei DDP 1928 ebenso viele Minister stellte wie die dreimal so starke Zentrums-Partei. Die mit 29 Prozent mit Abstand stärkste Kraft, die SPD, besetzte sogar nur zwei Posten, den Ministerpräsidenten und den Innenminister. Der relativ große Einfluss der DDP ließ sich auf Dauer nicht halten. So wurde Becker im Januar 1930 durch den Sozialdemokraten Adolf Grimme ersetzt, im Oktober 1931 musste Höpker Aschoff zurücktreten. Über seinen Rücktritt war Falk nicht sonderlich traurig.

„Unsere Partei“, so Falk in seinen Erinnerungen, „hat [angesichts] der skrupellosen Agitation der Gegner es schwer büßen müssen, daß nicht nur der Reichsfinanzminister [Hermann Dietrich], sondern auch der preußische Minister der Finanzen aus ihren Reihen hervorgegangen war. Höpker Aschoff, der sein Amt vorbildlich verwaltete und deshalb auch in den Reihen der Opposition hohes Ansehen und bedeutende Wertschätzung genoß, hatte mit starken Widerständen in der Partei, insbesondere aber in seinem eigenen Wahlkreise wegen der drückenden Steuern, die er unbekümmert um Popularität pflichtgetreu vorschlagen mußte, [zu kämpfen].“ Auch in der Fraktion habe sich nicht zuletzt wegen seines rigorosen Sparkurses eine „starke Gegnerschaft gegen ihn herausgebildet.“¹¹³

111 Zu den Mehrheitsverhältnissen in Preußen zwischen 1925 und 1932 vgl. Stang (wie Anm. 106), S. 157, 165; Möller (wie Anm. 105), S. 226-249.

112 Vgl. Möller (wie Anm. 105), S. 11-16, 577-599.

113 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 352.

Höpker Aschoff wurde durch den dem Zentrum nahestehenden Präsidenten der Zentralgenossenschaftskasse Otto Klepper ersetzt.¹¹⁴

Der schleichende Einflussverlust der Demokraten im Kabinett wurde Falk angelastet. Er sei, so meinte der langjährige Generalsekretär der DDP, Werner Stephan, „im interfraktionellen Ausschuß der drei Regierungsparteien nicht sehr erfolgreich“ gewesen.¹¹⁵ Doch scheint Stephan hier von den Schwierigkeiten zu abstrahieren, die sich für die Partei- und Fraktionsführung aus dem Wähler- und Mandatsschwund für die Durchsetzung demokratischer Ziele ergaben.

Mit Fusionen sollte der Niedergang aufgehalten werden. Zwar scheiterte ein Zusammenschluss der beiden liberalen Parteien DDP und DVP, doch durch die Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden unter Artur Mahraun hoffte die DDP-Führung, Anschluss an die bündische Bewegung zu bekommen und der Partei die Jugend zurückzugewinnen zu können. Diese Rechnung ging indes nicht auf. Bei den Reichstagswahlen fiel die in Staatspartei umbenannte DDP von 4,9 auf 3,5 Prozent oder von 25 auf 20 Mandate. Die sich daran anschließenden heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Jungdeutschen Orden und den Demokraten führten bald zum Bruch und zum Auszug der Jungdeutschen aus der Staatspartei. Erich Koch-Weser musste den Parteivorsitz niederlegen. Sein Nachfolger wurde Vizekanzler und Reichsfinanzminister Hermann Dietrich.¹¹⁶

Falk war von der Entwicklung überrascht worden.

„Bei den Demokraten“, so erinnerte sich Falk, „hatte die Neugründung Bestürzung hervorgerufen, weil sie in größter Stille und ängstlicher Heimlichkeit vorbereitet war – beispielsweise hatte ich überhaupt nichts davon gewußt. Der Reichsparteitag in Hannover beschloß zwar die Auflösung der Deutsch-Demokratischen Partei und die Neugründung der Staatspartei, aber auch unter ihren Befürwortern schienen manche nicht [mit] dem Herzen dabei zu sein. Schon damals erfolgten

114 Zu Klepper vgl. Astrid von Pufendorf: *Otto Klepper (1888-1957). Deutscher Patriot und Weltbürger*, München 1997.

115 Werner Stephan: *Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen*, Düsseldorf 1983, S. 148.

116 Zum Jungdeutschen Orden vgl. Klaus Hornung: *Der Jungdeutsche Orden*, Düsseldorf 1958; Alexander Kessler: *Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung*, 2 Bde., München 1976; ders., *Der Jungdeutsche Orden auf dem Weg zur Deutschen Staatspartei*, München 1980; zur Gründung der Staatspartei vgl. Werner Stephan: *Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973, S. 439-485; Erich Matthias/Rudolf Morsey: *Die Deutsche Staatspartei*, in: dies. (Hrsg.): *Das Ende der Parteien vor 1933. Darstellungen und Dokumente. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1960*, Düsseldorf 1984, S. 31-39; Frye (wie Anm. 59), S. 155-177; Werner Schneider: *Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930*, München 1978, S. 253-260; Stang (wie Anm. 106), S. 24-28.

beklagenswerte Austritte, die sich steigerten, als die Wahlen das erhoffte Ergebnis nicht erbrachten.“¹¹⁷

Im Parteivorstand ließ Falk Ende September seiner Verärgerung freien Lauf. „Wir stehen vor einem vollständigen Trümmerhaufen. Die Hoffnungen, die sich an die Gründung der Staatspartei geknüpft haben, haben sich in keiner Weise bewährt.“ Er gehöre „zu denen, die von der Gründung der Staatspartei vollständig überrascht worden“ seien, „die aber Parteidisziplin gehalten“ hätten, „die jedoch auch heute noch nicht im klaren darüber“ seien, „ob die Gründung der Partei nötig und nützlich gewesen“ sei. Auch kritisierte er den Antisemitismus der Jungdeutschen.¹¹⁸ Irritiert haben dürfte Falk die Äußerung Wilhelm Cohnstaedts, des Redakteurs der „Frankfurter Zeitung“, der seine Genugtuung darüber zum Ausdruck brachte, dass die Staatspartei nach dem Zusammenschluss mit den Jungdeutschen nicht mehr als „Judenpartei“ angesehen und deshalb auch nicht als solche diffamiert werden könne. Das Wegducken vor dem politischen Gegner musste Falk als innere Schwäche erscheinen.¹¹⁹

Themen der preußischen Landespolitik

Ungeachtet ihres geringen Mandatsanteils spielten die Demokraten lange Zeit in der preußischen Landespolitik eine herausragende Rolle, da sie von 1919 bis 1932 in sämtlichen preußischen Regierungen vertreten waren. Auf zahlreichen Feldern war die demokratische Handschrift deutlich zu erkennen. Dies galt nach 1925 namentlich für die Bildungs- und Kirchenpolitik sowie für die Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die Kultuspolitik zählte zu den Themen, bei denen sich die Demokraten besonders engagierten. Zwar blieb die Entscheidung über die Frage der Regelschule (Konfessions- oder Simultanschule) angesichts des in der Reichsverfassung in den Art. 146 und 174 festgeschriebenen dilatorischen Formelkompromisses in der Schwebe. Doch gelang den Demokraten mit der Reform der Lehrerausbildung die Umsetzung einer wichtigen Forderung. Mit der Gründung der Pädagogischen Akademien – unter den 15 Akademien befand sich auch eine auf simultaner Grundlage –, vermochte die Partei die Qualität des Volksschulunterrichts nachhaltig zu verbessern.¹²⁰

117 Falk, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 351.

118 *Linksliberalismus in der Weimarer Republik* (wie Anm. 75), S. 585-587.

119 *Ebd.*, S. 590.

120 Zur Lehrerbildung vgl. Guido Müller: *Weltpolitische Bildung und akademische Reform*. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908-1930, Köln 1991, S. 266-277; Erich Wende: C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer

Während Falk die Neugestaltung der Lehrerausbildung nur am Rande berührte, verhielt es sich mit dem 1929 abgeschlossenen preußischen Konkordat etwas anders. Eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und preußischem Staat war nach 1918 wegen der durch die Reichsverfassung geschaffenen neuen Rechtslage und der Änderung der Staatsgrenzen erforderlich geworden. Zudem bestand die Eventualität eines Reichskonkordats, das die schul- und kirchenpolitische Selbständigkeit der Länder tangieren musste.¹²¹

Die Demokraten lehnten es lange Zeit ab, dieser Frage näherzutreten. Auf ihrem Parteitag in Hamburg im Frühjahr 1927 sprachen sie sich entschieden gegen den Abschluss eines Konkordats aus, da dieses nicht nur eine Beschränkung des staatlichen und parlamentarischen Handlungsspielraums, sondern auch eine Gefährdung der Freiheit des geistigen Lebens darstellen könnte.¹²² Doch das Konkordat ließ sich nicht verhindern. Immerhin erreichten die Demokraten nicht nur eine Ausklammerung schulpolitischer Fragen,¹²³ sondern „mit Rücksicht auf [den] konfessionellen Frieden“ auch den Abschluss eines entsprechenden Vertrags mit den evangelischen Kirchen.¹²⁴ Mit der Zustimmung zum sog. Preußen-Konkordat 1929 und der Verabschiedung des evangelischen Kirchenvertrags 1931, so resümierte Falk in seinen Erinnerungen,

„hatte sich die Fraktion ein hohes Verdienst um den konfessionellen Frieden erworben, wie es wohl auch auf unseren mit größter Entschiedenheit betonten und festgehaltenen Willen wesentlich zurück[zuführen] ist, daß mit dem Konkordat in der Form, in dem es dem Landtag vorgelegt wurde, auch nicht andeutungsweise Bestimmungen über die Schule mehr verbunden waren. In diesem Punkte waren wir – ebenso auch in der Sicherung der Kirchenhoheit des Staates – von vornherein völlig [un]nachgiebig.“¹²⁵

Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 69 f., 221-235; Ernst Rudolf Huber; Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981, S. 966-973; Helmuth Kittel: Die Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen 1926-1932. Eine zeitgeschichtliche Studie über das Verhältnis von Staat und Kultur, Berlin 1957.

- 121 Zum preußischen Konkordat vgl. Dieter Golombek: Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970; Herbert Hömig: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 184-204; Wende (wie Anm. 120), S. 268-293.
- 122 Der siebte ordentliche Parteitag der DDP am 21./24. April 1927 in Hamburg, in: BA Koblenz, R 45 III, Nr. 6, Bl. 1-406, hier Bl. 325.
- 123 Vgl. auch Linkliberalismus in Preußen, Bd. 2 (wie Anm. 107), S. 933 f., hier S. 934, und Linkliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 75), S. 419-423, hier S. 423; ferner die Rede Falks in der 24. Sitzung am 14. Dezember 1928, in: SBpLT 1928/32, Bd. 2, Sp. 1484-1495, hier Sp. 1494.
- 124 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 340.
- 125 Ebd.

Im Zuge der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise spielte die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der preußischen Landespolitik eine immer wichtigere Rolle. Es wirkte sich für die Demokraten verheerend aus, dass sie sowohl im Reich als auch in Preußen die Verantwortung für die Finanzpolitik und damit für die krisenverschärfende Spar- und Deflationspolitik des damaligen Reichskanzlers Heinrich Brüning trug. Die DDP wurde rasch zu einer Chiffre für Hilflosigkeit. Beim Rücktritt Brünings im Mai 1932 stand das Reich schon allein wegen rund 6 Millionen registrierten Arbeitslosen vor einem Scherbenhaufen.¹²⁶

Falk begegnete dem Brüning'schen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik anfangs ausgesprochen kritisch. Auf einer Mitgliederversammlung der Kölner Demokraten im Mai 1930 fand er deutliche Worte. Die Politik Brünings, so berichtete das „Berliner Tageblatt“, sei nichts anders als ein „Sieg der Grundsatzlosigkeit“, ein „Sieg der Taktik über die Idee“. In der am Ende der Versammlung angenommenen Entschließung wurde deutlich gemacht, dass „die Wähler von einer geradezu verzweifelten Stimmung ergriffen worden seien. Das ursprünglich als Mittelpartei inszenierte Kabinett Brüning habe im Laufe seiner Tätigkeit sich mehr und mehr als das reaktionärste Kabinett seit Bestehen der deutschen Republik entpuppt. Die Folgen für die Wirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, abgesehen vom Großgrundbesitz, seien verheerend.“ Deshalb wurde auch der sofortige Austritt des demokratischen Ministers Hermann Dietrich aus der Regierung gefordert.¹²⁷

In den wenig später anberaumten Sitzungen des Parteivorstands und der Landtagsfraktion war Falk zwar bemüht, seine Äußerungen zu relativieren, doch wurde auch deutlich, dass er mit seiner Kritik nicht alleine stand. Gleichwohl sprach der Vorstand am 5. Mai der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus.¹²⁸

Die Überzeugung von der Alternativlosigkeit der von der Regierung vertretenen Wirtschaftspolitik und der Richtigkeit des klassischen liberalen Wirtschaftsprogramms war in den Reihen der Demokraten tief verwurzelt. Dennoch begann Falk damit, neue wirtschaftspolitische Wege zu erkunden. So verabschiedete die demokratische Landtagsfraktion im Herbst 1930 einen Maßnahmenkatalog, der einen Entlassungsstopp für Betriebe, die ihre Arbeitnehmer noch durchschnittlich 40 Stunden in der Woche beschäftigen konnten, die Einführung eines neunten Schuljahres, das Verbot der

126 Zur Deflationspolitik Brünings vgl. Karl Hardach: *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, Göttingen 21976, S. 57-62; Herbert Hömig: *Brüning. Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2005, S. 235-257; Kolb, *Die Weimarer Republik* (wie Anm. 54), S. 132-142.

127 *Berliner Tageblatt*, 205, 2.5.1930: „Demokratischer Widerspruch.“

128 Vgl. *Linksliberalismus in der Weimarer Republik* (wie Anm. 75), S. 529-533, und *Linksliberalismus in Preußen*, Bd. 2 (wie Anm. 107), S. 1131 f.

Zulassung ausländischer Landarbeiter und die entgeltlose Arbeitsdienstpflicht für arbeitslose Jugendliche umfasste.¹²⁹ Wesentliche Teile des Antrags wurden später sowohl vom preußischen Staatsministerium als auch von der Reichsregierung aufgegriffen.¹³⁰

Wenn Falk sich seit dem Sommer 1930 mit Rücksicht auf den Parteivorsitzenden und Reichsfinanzminister Hermann Dietrich mit Kritik am Brüning'schen Kurs zurückhielt, wuchs doch mit der Zeit der Unmut über die Katastrophenpolitik. „Die Politik des Kabinetts Brüning“, so Falk auf einer Fraktionssitzung vom November 1931, „darf nicht so weiter gehen wie bisher, wenn tatsächlich keine Einwirkung durch unsere Reichstagsfraktion bzw. die bürgerliche Mitte des Reichstags möglich ist, droht die Auflösung von der Seite der Kommunen her.“ Das Ausscheiden aus der Regierung hielt er nicht mehr für ausgeschlossen. Eine Regierungsbeteiligung der NSDAP, die bei den Reichstagswahlen 1930 18 Prozent der Stimmen erhalten hatte, lehnte er nicht zuletzt „wegen der zu erwartenden Gewaltpolitik“ entschieden ab. Seine Stellung gegenüber dem antisemitischen Extremismus der Nazis war durch seine Konfession vorbestimmt.¹³¹

Falks Unmut über den Gang der Dinge wurde immer größer, seine Kritik an den Notverordnungen des Reichs immer deutlicher artikuliert. Die Demokraten könnten sich vor allem mit dem „Ruin der Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände“ nicht abfinden. So verwies er im März 1932 erneut auf den von den Demokraten im Herbst 1930 erarbeiteten Antrag, der „zusätzliche Arbeitsbeschaffung“ wolle. „Das ist die erste und wichtigste Aufgabe, die im Reich erfüllt werden muß, (sehr richtig! In der Mitte) und bei der Länder und Gemeinden mitzuwirken haben, die Aufgabe: durch ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm die Zahl der Erwerbslosen möglichst zu vermindern.“¹³²

Der Topos des Arbeitsbeschaffungsprogramms klingt hier an, obwohl Falks Vorschläge doch von den Dimensionen späterer Konjunkturprogramme weit entfernt waren. Dennoch fand auch unter Liberalen die Einsicht in die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Eingang. Falk sah letztlich ein, dass das klassische liberale Wirtschaftsprogramm in der großen Weltwirtschaftskrise keine realisierbare Strategie bot.

129 Vgl. den Urantrag der Abgeordneten Falk und Genossen (DDP) über das Arbeitslosenproblem, in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 8, Nr. 5303, S. 5901; Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 345.

130 Vgl. ebd.

131 Vgl. Linksliberalismus in Preußen, Bd. 2 (wie Anm. 107), Nr. 818, S. 1194-1198, hier S. 1196. Zur NSDAP vgl. Kolb, Weimarer Republik (wie Anm. 54), S. 120.

132 Die Rede Falks in der 284. Sitzung am 18. März 1932, in: SBpLT 1928/32, Bd. 17, Sp. 24812-24819, hier Sp. 24818.

Die preußischen Landtagswahlen im April 1932 waren für die Demokraten ein Schock. Die Wähler strafte die Partei für die von ihr mit zu verantwortende Deflationspolitik und die verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise ab. Hatte die Partei 1928 noch 4,9 Prozent der Stimmen erhalten, so fiel sie vier Jahre später auf 1,5 Prozent. Von ihren 21 Abgeordneten kehrten gerade einmal zwei, Schreiber und Nuschke, wieder in den Landtag zurück.¹³³ Falk hatte sein Mandat verloren. Auch in Köln waren den Demokraten die Wähler in Scharen davon gelaufen.¹³⁴

„Die Furcht vor den Nationalsozialisten“, so resümierte Falk in seinen Erinnerungen, „hatte unsere Wähler überall auseinander gesprengt. Man hielt unsere Lage für hoffnungslos und die Stimmen, die für uns abgegeben wurden, für verloren. Die überwiegende Mehrzahl unserer Freunde gab infolgedessen ihre Stimme anderen Parteien. So wurde dieses betrübliche Ergebnis gezeitigt. Die Fraktion der Deutschen Staatspartei in Preußen, die Großes gewollt und Großes geleistet hatte, verschwand. Eine letzte Sitzung der Fraktion in Pymont vereinigte die Mitglieder zum Abschluß treuer gemeinschaftlicher Arbeit und mancher gemeinschaftlichen Kämpfe. Mit Stolz und Genugtuung blickten wir auf die Jahre des Schaffens, auf unsere Leistung und [unseren] Erfolg zurück. Aufrecht sahen wir der Zukunft entgegen, in Hoffnung und Glauben an Deutschland und sein Volk. Und diese Hoffnung ist mir geblieben. Ich lasse sie mir nicht nehmen.“¹³⁵

Die letzten Jahre

Die 1936 verfassten Lebenserinnerungen Falks klingen mit dem Jahr 1932 aus. Über seinen weiteren Lebensweg ist nur wenig bekannt. Fest steht, dass Falk nach der sog. Machtergreifung 1933 aufgrund einer Ausnahmeregelung seine Zulassung als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Köln behielt.¹³⁶ Doch die ständigen Diskriminierungen und die schleichende Entrechtung deutscher Juden musste auch ihm das Leben in Deutschland verleiden. Eine Zäsur bildete die sog. Reichskristallnacht am 9./10. November 1938, als SA-Männer Falk in seiner Wohnung überfielen und alles klein schlugen, selbst das Bild seines im Ersten Weltkrieg gefallenen Sohnes wurde zerstört.¹³⁷

133 Vgl. Möller (wie Anm. 105), S. 601; Stang (wie Anm. 106), S. 369-374, 380.

134 Vgl. Kölnische Zeitung, 225, 25.4.1932: „Das Ergebnis der Landtagswahl in Köln“.

135 Falk, Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 357.

136 Vgl. dazu auch allgemein Avraham Barkai: Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich, 1933–1938, in: Arnold Paucker u. a. (Hrsg.): Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943, Tübingen 1986, S. 153–166.

137 Klaus Luig: ... weil er nicht arischer Abstammung ist. Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit. Herausgegeben von der Rechtsanwaltskammer Köln, Köln 2004, S. 176.

Am 30. November verlor Falk dann auch seine Zulassung als Rechtsanwalt, so dass die Familie mit einem Schlag vor dem Nichts stand.¹³⁸

Ende März 1939 wanderten Bernhard und Else zusammen mit ihrem Sohn Ernst nach Belgien aus, das Bernhard aus der Zeit des Ersten Weltkriegs noch vertraut war. In der Rue du Beffroi 41 in Brüssel fanden sie Zuflucht.¹³⁹ Die Situation änderte sich jedoch mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Belgien im Sommer 1940.¹⁴⁰ Der noch im selben Jahr von Falk unternommene Versuch, mit seiner Familie in die Schweiz auszuweichen, scheiterte.¹⁴¹ Bernhard und Else Falk mussten sich im November 1940 in das Judenregister der Stadt Brüssel eintragen lassen.¹⁴² Im September 1942 verloren beide ihre deutsche Staatsangehörigkeit. Sie mussten ihre Reisepässe und sonstigen Bescheinigungen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit betrafen, abgeben.¹⁴³ Oberregierungsrat Franz Thedieck, einem früheren Mitglied der Zentrumsparterie, der nach dem Ersten Weltkrieg zusammen mit Falk gegen die rheinischen Separatisten gekämpft hatte, hatten sie es zu verdanken, dass sie in Brüssel unbehelligt blieben.¹⁴⁴

Falk, so schrieb nach dem Krieg dessen langjähriger Kölner Sozius, Rechtsanwalt Fuchs, mit dem Falk von Brüssel aus weiterhin Kontakt hielt, habe es letztlich Thedieck zu verdanken gehabt,

„dass er und seine Frau den Judenstern nicht zu tragen brauchten, sowie auch dass er und seine Frau nicht nach dem Osten deportiert worden sind. Wie er mir weiter mitteilte, hat Herr Thedieck ihm auch für eine Auswanderung nach der Schweiz die Wege geebnet und erreicht, dass von der Deutschen Zivilverwaltung

138 Vgl. Luig (wie Anm. 137), S. 75-78, 176.

139 Meldeformular von Bernhard und Else Falk, o.D., in: Archives de la Ville de Bruxelles, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else Falk. Ferner Luig (wie Anm. 137), S. 176.

140 Zur deutschen Besetzung Belgiens vgl. Wilfried Wagner: Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges, Boppard am Rhein 1974; Mathias Georg Haupt: Der „Arbeitseinsatz“ der belgischen Bevölkerung während des zweiten Weltkrieges, phil. Diss., Halle/Saale 1970. Zur jüdischen Emigration nach Belgien vgl. Ursula Langkau-Alex: Belgien, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Hrsg. v. Claus-Dieter Krohn u. a., Darmstadt 1998, Sp. 168–174.

141 Vgl. Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1991, S. 210.

142 Registre des Juifs, Bruxelles le 27. 11. 1940, in: Archives de la Ville de Bruxelles (wie Anm. 139).

143 Ordonnances allemandes über die Abgabe des Reisepasses von Bernhard und Else Falk, Bruxelles, 28. 9. 1942, in: Archives de la Ville de Bruxelles (wie Anm. 139).

144 Vgl. Klaus Körner: Herbert Wehner und Franz Thedieck. Die Bonner Debatte über die Abwehr der Westpropaganda der SED 1949–1953, in: Heiner Timmermann: Das war die DDR, Münster 2004, S. 238–248; Carlo Lejeune: Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980: Wege zur europäischen Integration, Köln u. a. 1992, S. 112–212 und passim.

in Belgien aus die Auswanderung genehmigt wurde, die dann aber an der Einstellung Berliner Behörden gescheitert ist.¹⁴⁵

Immerhin durfte Falk noch die Befreiung Brüssels durch die Alliierten miterleben.¹⁴⁶ Aus „seiner Heimat vertrieben, ausgeplündert und ins Elend gestoßen, beinahe an den Bettelstab gebracht“,¹⁴⁷ erlag Falk schließlich am 23. Dezember 1944 im Alter von 77 Jahren in Brüssel seinen seelischen und körperlichen Leiden.¹⁴⁸ Bernhards Frau Else emigrierte im darauf folgenden Jahr nach Brasilien, wo sie am 1. Januar 1956 verstarb.¹⁴⁹

„Die Welt wird noch lange dem Rätsel nachgehen“, so schrieb Bernhard Falks Schwager Fritz Wahl rückblickend, „wie das große deutsche Volk dazu kommen konnte, sich und sein eigenes Geschick einer abenteuernden Horde wahnwitziger Konjunkturritter zu überantworten. Das Urteil der Geschichte wird hoch über die Vernichter des Reiches die Millionen ihrer Opfer erheben. Und zu diesen gehört der rheinische Jude und deutsche Patriot Bernhard Falk.“¹⁵⁰

Abkürzungen

AStBKAH	Archiv-Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
BA	Bundesarchiv
SBNV	Stenographische Berichte der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung
SBpLT	Stenographische Berichte des Preußischen Landtags
VStVK	Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu Köln

145 Bescheinigung von Rechtsanwalt Dr. Fuchs für Oberregierungsrat Franz Thedieck zur Vorlage bei der britischen Militärregierung, Köln-Riehl, 24. 1. 1946, in: BA Koblenz, NL Jakob Kaiser, N 1018, Nr. 89, Bl. 189. Zu Thedieck vgl. auch Wagner (wie Anm. 140), S. 58 f., 110.

146 Die belgische Hauptstadt wurde im September 1944 durch alliierte Truppen befreit.

147 Walter Hammer: Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier, Frankfurt/Main 1956, S. 39. Bernhard Falk, so der Anwalt von Ernst und Hermann Falk, Dr. Baaser, im Rückerstattungsantrag, sei „unter ärmlichen Umständen verstorben“. Der von Anwalt Dr. Baaser eingereichte Rückerstattungsantrag vom 5. 10. 1959, in: Landesarchiv NRW-Düsseldorf, Gerichte, Rep. 266, Nr. 8972, Bl. 6 f., hier Bl. 7. – Bernhards Schwager Ernst Wahl war im März 1944 in Theresienstadt, seine Frau Berta im Oktober 1944 in Auschwitz ermordet worden. Vgl. Ulrich Föhse: Die Wahls in Barmen. Ein jüdisches Familienschicksal in Briefen, in: Klaus Goebel (Hrsg.): Unter Hakenkreuz und Bombenhagel. Die Irreführung einer Generation in Beispielen und Augenzeugenberichten aus Wuppertal, Wuppertal 1989, S. 164-176, hier S. 166.

148 Vgl. das Bulletin de décès, dossier 181.531, in: Archives de la Ville de Bruxelles (wie Anm. 139): „Bernhard Falk, profession avocat, décédé le 23. décembre 1944, à 10 h. du soir, domicile du Beffroi, 41“.

149 Luig (wie Anm. 137), S. 176.

150 Fritz Wahl: Bernhard Falk. Ein rheinischer Patriot, in: Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 105-122, hier S. 122.

Hermann Dietrich – Bürger der Weimarer Republik

1. Leitfragen

Das im folgenden vorgestellte Dissertationsprojekt hat einen der prominentesten liberalen Politiker der Weimarer Republik zum Gegenstand. Hermann Dietrich (1879-1954) begann seine Laufbahn als nationalliberaler Bürgermeister von Kehl (1908-1914) und Konstanz (1914-1919). 1918 schloß er sich der DDP an, war bis 1920 badischer Minister des Auswärtigen und seit 1919 Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstages. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte er als Ernährungsminister im Kabinett der Großen Koalition (1928-1930) und als Finanzminister und Vizekanzler im Kabinett Brüning (1930-1932). Ab 1930 war er zudem Vorsitzender der Deutschen Staatspartei (DStP).¹

Als Untersuchungsobjekt für die Weimarer Zeit zeichnet sich Dietrich durch ein hohes Maß an Kontinuität aus. Bis zum Jahr 1933 war er in seinen wichtigen Handlungsfeldern durchgehend präsent. Nicht zuletzt trifft das, wie bei kaum einem anderen prominenten Liberalen, auf die Spitzenpolitik zu. Das Projekt möchte aber nicht nach dem Muster einer „politischen Biographie“ verfahren, sondern kultur-, sozial- und ideengeschichtliche Fragestellungen aufgreifen. Über einen „multiperspektivischen“² Ansatz soll die Person Dietrichs als Ganzes in den Blick genommen und eine bürgerlich-liberale Existenz in der Weimarer Republik in ihren verschiedenen, gleichwohl einander überschneidenden Dimensionen untersucht werden. Die Verflechtung Dietrichs mit den politischen Ereignissen und seine Amtstätigkeit als Minister in Baden und im Reich können nicht außer acht bleiben. Auf seine Aktivität als Bürgermeister von Kehl und Konstanz ist ebenfalls kurz einzugehen. Dietrich soll jedoch nicht isoliert als Politiker, als Staatsbürger betrachtet

1 Den besten biographischen Überblick bietet Jürgen Frölich: „He served the German people well“. Der politische Weg Hermann Dietrichs vom badischen Nationalliberalen zum baden-württembergischen Freien Demokraten. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 153 (2005), S. 619-640; die einzige Monographie über Dietrich stammt aus dem Jahr 1966. Im Mittelpunkt stehen dabei Dietrichs politische Tätigkeit als Reichsminister bzw. Details seiner Agrar- und Finanzpolitik: Adelheid von Saldern: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik. Boppard 1966.

2 Christian Meier: Von der Schwierigkeit, ein Leben zu erzählen. Zum Projekt einer Caesar-Biographie. In: Jürgen Kocka/Thomas Nipperdey (Hrsg.): Theorie und Erzählung in der Geschichte. München 1979, S. 229-258, hier S. 230.